

Herausgegeben von der Cincinnati Volksblatt Compagnie, 737 Vine Straße, zwischen 6. und 7. Straße, neben der öffentl. Bibliothek.

78. Jahrgang.

Cincinnati, Freitag, den 13. März 1914.

Preis 2 Cents.

No. 62

Wetterbericht.

Für Ohio und das westliche Pennsylvania: Schönes Wetter am Freitag und Samstag; steigende Temperatur; südliche bis westliche Winde.

Ausland-Telegraph

Die neue deutsch-amerikanische wirtschaftliche Vereinigung

Nur aus Vertretern großer deutscher Geschäftsinteressen bestehend
Hat sich mit Albert Ballin an der Spitze definitiv organisiert.

Die Kohlen- und Eisen-Interessen Westdeutschlands halten sich der Organisation fern.

Höchst wichtiger anthropologischer Fund in Deutsch Ost-Afrika.

Glänzender Ausweis der großen deutschen Dampfergesellschaften.

Kampf zwischen österreichischen Jägern und Montenegroern an der Grenze.

Max Richardson, die Streitbare, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

„Jad“ Johnson aus Schweden vertrieben.

Der Schleiter der Ermordung Wm. S. Bentons um Gustav Bauchs umgab.

Wird jetzt allmählich gelöst.

Aus dem Deutschen Reich.
Berlin, 12. März. Eine Gruppe von deutschen Ackerbauern wird im Herbst eine Studienreise nach Südamerika unternehmen.

Der Plan ist eine Folge der Reise des Prinzen und der Prinzessin von Preußen, die jetzt nach Südamerika unterwegs sind, und der Fahrt der deutschen Vangerschiffe „Kaiser“ und „König Albert“, die in Begleitung des kleinen Kreuzers „Strahlburg“ im Dezember nach Südamerikanischen Häfen abgingen.

Zur Förderung des Handelsverkehrs mit den Vereinigten Staaten.
Die neue Deutsch-amerikanische Wirtschaftliche Vereinigung, deren Zweck es ist, den Handelsverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu heben, hat sich am Donnerstag definitiv organisiert.

Die Vereinigung besteht aus 150 Männern, die verschiedene Interessen repräsentieren, waren am Freitag.

Albert Ballin, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika Linie, ist Vorsitzender des Exekutivkomitees der Association, das aus 40 Mitgliedern besteht. Einem derselben ist Dr. Gustav Stresemann, ein früheres Reichstagsmitglied.

Während den Organisationsarbeiten der Vereinigung und Repräsentanten des Zentralvereins deutscher Fabrikanten kam es während des Tages zu einem scharfen Wortgefecht, und das letztere Element, das die Eisen- und Kohleninteressen in Westdeutschland repräsentiert, beschloß, sich nicht an der neuen Organisation zu beteiligen, sondern seine Interessen in Amerika durch das sogenannte deutsch-amerikanische Institut, das vor vierzehn Tagen organisiert wurde, zu fördern.

Reform des Militärs.

Strafrechts.

Die Sonderkommission des Reichstags, welche die vorgeschlagenen Maßnahmen für die Reform der Militär-Strafgesetze überwiegen werden sind, hat in erster Lesung einen wichtigen Beschluß gefaßt, der direkt auf das vielbesprochene, unerbörte Exzessivstrafrecht zurückzuführen ist. Fortan sollen Militärpersonen die nicht mehr in aktivem Militärbetrieb sind, an Kontrollrollen während der Dauer der Kontrollrollen unterliegen den Militär-Strafgesetzen unterstellt sein.

Wichtige anthropologische Entdeckung.

Dr. Hans Reid vom geologischen und paläontologischen Institut der Berliner Universität berichtete am Donnerstag im „Lokal-Anzeiger“ über eine wichtige anthropologische Entdeckung im nördlichen Teil von Deutsch Ost-Afrika. Es handelt sich um ein in vorzüglichem Zustand befindliches menschliches Skelet. Dr. Reid erklärt, daß damit der Beweis geliefert sei, daß der afrikanische Kontinent vor vielen Jahrtausenden, ja vor Hunderttausenden von Jahren von einer gut entwickelten Menschenseite besiedelt war.

Das Skelet befindet sich in einem außerordentlich guten Zustand, wobei dies in solchen Fällen nur äußerst selten vorkommt. Nicht nur ist der Schädel perfekt, mit all seinen Zähnen, sondern auch das ganze andere Körpergerüst, einschließlich der Arme und Beine.

Das Skelet wird der Alluvialperiode zugeschrieben, eine einigermaßen genaue Feststellung seines Alters wird aber erst möglich sein, wenn die Überreste prähistorischer Thiere, zwischen denen es gefunden wurde, genau geprüft worden sind.

Glänzender Stand der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften.

Bei der in Bremen abgehaltenen Generalversammlung des Verwaltungsrates des Norddeutschen Lloyd wurde der blühende Zustand bekräftigt, dessen sich die große Kreederei erfreut. Die zur Verlesung gelangten Berichte zeigten, daß sich der Ueberfluß am Schlusse des letzten Jahres auf \$15,250,000, oder \$2,275,000 mehr betrug, als im Vorjahre. Es wurde daher beschlossen, am 2. April eine Dividende von acht Prozent zu bezahlen. Die letztjährige Dividende betrug sieben Prozent.

Dem Abrechnungskonto wurden \$7,525,000 überrieben, gegen \$6,050,000 im Vorjahre; dem Vertriebskonto \$945,000, gegen \$835,000 und dem durch das Geschäft vorgeschriebenen Reservefonds \$206,250, gegen \$196,250. Der Erneuerungsfonds erhöhte sich auf \$1,187,500, gegen \$1,137,500 im Vorjahre, und der Couponsteuer-Fonds \$79,750 gegen \$97,250. Die Gesamtresultate der Gesellschaft betragen daher \$8,800,000, gegen \$7,025,000 am Schlusse des Jahres 1912. Die Zahlungen für neue Dampfer und die Vorkosten betragen sich während des vorerwähnten Jahres auf \$16,600,000, gegen \$9,975,000 im Jahre 1912. Am Ende des letzten Jahres hatte die Gesellschaft \$15,500,000 an ihrer Verfügung, während sich die Verbindlichkeiten für im Bau befindliche Dampfer, die Ausrüstung derselben etc. nur auf \$11,375,000 belaufen.

Der Jahresabschluß der Hamburg-Amerika-Linie weist einen Bruttogewinn von 68 Millionen Mark auf, gegen 61 Millionen im Jahre vorher. Die Abschreibungen bezifferten sich auf 43 Mill. Mark, während sie sich im Jahre 1912 auf 38 Millionen stellten. Die Dividende wurde auf sieben Prozent festgesetzt.

Der Jahresbericht weist auf den Beginn der Arbeiten des „Imperator“ hin und betont, daß frühere Verträge das Wachstum gebindert hätten. Jetzt sei aber eine enge Zusammenarbeit mit dem „Norddeutschen Lloyd“ angebahnt, welche beiden Gesellschaften die wünschenswerte Beweglichkeitsfreiheit ermögliche.

Kardinalv. Ropp zur Ruhe abgetreten.

Unter ungeheurer Beteiligung wurde in der Stadt des Breslauer Domes der letzte Wode in Troppan in Ober-Schlesien aus dem Leben geschieden. Kardinal-Jülicher v. Ropp zur letzten Ruhe abgetreten. Das Leichenbegängnis gestaltete sich zu der größten Trauerfeier in der Geschichte der schlesischen Hauptstadt. Mit Hunderten kirchlichen Bedienten hatten sich zahlreiche Deputationen und Fremde aus allen Theilen des Reiches und aus Oesterreich eingefunden, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. In den mit Traueremblem geschmückten Straßen bildeten ungeheure Menschenmassen entzückten Hauptes. Später, hinter dem Sarge schritt als erste Leidtragende Frau Czesmann, die Rechte des verstorbenen Kardinals, und der Dame folgten der mit der Vertretung des Kaisers betraute Herzog Viktor von Ratibor, die erkrankten katholischen Fürstlichen und die höchsten Würdenträger des Reiches.

Reform des Militärs.

Strafrechts.

Die Sonderkommission des Reichstags, welche die vorgeschlagenen Maßnahmen für die Reform der Militär-Strafgesetze überwiegen werden sind, hat in erster Lesung einen wichtigen Beschluß gefaßt, der direkt auf das vielbesprochene, unerbörte Exzessivstrafrecht zurückzuführen ist. Fortan sollen Militärpersonen die nicht mehr in aktivem Militärbetrieb sind, an Kontrollrollen während der Dauer der Kontrollrollen unterliegen den Militär-Strafgesetzen unterstellt sein.

Dreihundert Seelente des Rettungs angeklagt.

Die Voruntersuchung bezüglich der Unterfische, welche im Betrieb der Hamburg-Zuidamerika-Linie vorgenommen sind, hat nunmehr ihr Ende erreicht. Sie ist sechs Monate im Gange gewesen.

Das Ergebnis ist die Erhebung einer förmlichen Anklage gegen dreihundert Kapitäne, Offiziere, Matrosen und Angestellten wegen Betrugs.

Die Rhein-Uberschwemmungen.

Laut Meldung aus Köln hat das Hochwasser bereits die unteren Stadttheile überschwemmt, und zahlreiche Bewohner finden sich in der größte Nothlage verlegt.

Der Stand der Dinge dürfte sich in einem großen Theil des westlichen Gebiets rasch verschlimmern, da auch die Nebenflüsse des Rheins übergetreten sind.

Er-Bürgermeister Troemel darf keine Vorlesungen halten.

Der frühere Bürgermeister Troemel von Ulfheim, der bekanntlich vor zwei Jahren in mysteriöser Weise verschwand und dann in der Fremdenlegation auftauchte, aus der er schließlich wieder entlassen wurde, hat mit seinem Verbrechen, Kapital aus seinen merkwürdigen Abenteuer zu schlagen, kein Glück. Er wollte in Halle a. S. einen Vortrag über seine Dämmerzustände und seine Erlebnisse in der Legion halten, doch machten ihm die Behörden einen Strich durch die Rechnung. Der Vortrag wurde verboten. Der Opernsänger Seidler ein Selbstmörder.

Aus noch nicht aufgeklärten Umständen hat hier der betannte Opernsänger Seidler seinem Leben ein Ende gemacht. Er jagte sich an einem Fenster eine Kugel in den Kopf und sprang im gleichen Augenblick in die Tiefe. Als sein zerstückelter Körper aufgefunden wurde, war das Leben bereits erloschen.

Zurückziehen der deutschen Besatzung von Hankau.

Die Regierung erwägt die Thunfischerei, die seinerzeit in Hankau, dem den Europäern eröffneten Hafen in der chinesischen Provinz Hupe, eingerichtete Besatzung zurückzuführen. Die Anwesenheit der Truppen wird dort nicht mehr für notwendig gehalten, nachdem im Reiche der Mitte, bezogen auf die Küstenprovinzen, wieder Ruhe eingetreten ist.

In Hankau, das einen der bedeutendsten Handelsplätze der Welt bildet, befindet sich schon seit vierzehn Jahren eine deutsche Postanstalt.

Sechs Feuerwehrlente umgelommen.

Durch einen verhängnisvollen Brand wurde die große Weingärtische Papierfabrik in Baugen vollständig zerstört. Als nach mehrstündigen heftigen Kämpfen die Löscharbeiten der Feuerwehrleute fehlten. Die Vermissten waren von einer eingestürzten Mauer begraben worden und hatten schließlich den Tod gefunden. Alle sechs der Unglücklichen waren Familienmitglieder und einer hinterläßt dreizehn Kinder.

Gefecht zwischen Oesterreichern und Montenegroern.

Dien, 12. März. — Ein erstes Vorstößen an der südlichen Grenze erzeugt großes Aufsehen und wird namentlich mit Rücksicht auf die einer Befreiung recht bedürftigen Bevölkerung in Aussicht genommen. Ein amtlicher Bericht meldet darüber im wesentlichen folgendes: Die Montenegroer betreten einen Gendarmen am Betreten des halb bosnischen, halb montenegrinischen Dorfes Metalka und besetzten am 2. bosnische Wachenhaus. Darauf wurde ein Zug Grenzgänger befohlen, vorzugehen. Es entspann sich ein Feuergefecht. Die Montenegroer wurden vertrieben, ihrer Zahl geblieben, mehrere verwundet und zwei gefangen.

Inland-Telegraph

Kentucky mit Staats-Prohibition bedroht.

Das Unterhaus der Legislatur nimmt eine Vorlage an, derzufolge im Jahre 1915 über ein bezügliches Amendement zur Konstitution abgestimmt werden soll.

Der Kampf gegen die Prohibitionisten wird jetzt im Senat geführt werden.

Die Bildungsprobe bleibt in der Bureauellen Einmündungsprobe.

In anderer Hinsicht werden aber Konzeptionen gemacht.

George Westinghouse gestorben.

Die zwei Siegel'schen Departementsgeschäfte in New York

Auf Befehl des Bundesgerichts geschlossen.

Portland, Oregon, von einem furchtbaren Brand heimgesucht.

Der Schaden in Höhe von \$1,000,000 anrichtet.

Staatsweite Prohibition in Kentucky in Aussicht.

Frankfort, Ky., 12. März. — Das Unterhaus der Kentucky Legislatur nahm am Donnerstag mit 60 gegen 22 Stimmen eine Vorlage an, derzufolge die Bürger des Staates bei den Wahlen im Jahre 1915 über ein Amendement zur Staatsverfassung abstimmen sollen, unter dem im ganzen Staat Prohibition eingeführt werden soll. Unter der Vorlage soll auch eine Staatskommission etabliert werden, die Spirituosen für rein medizinische Zwecke verkaufen soll.

Die Prohibitionsvorlage geht jetzt dem Senat zu, wo ihre Gegner die energichsten Anstrengungen machen werden, um sie zu schlagen.

Alle Counties in Kentucky, bis auf 19, sind jetzt schon trocken und das früher in der Session von der Legislatur angenommene „Unit“-Gesetz wird Local Option Wahlen in fast allen diesen Counties zur Folge haben. In den meisten Counties befinden sich die größeren Städte und die großen Bevölkerungszentren.

Keine Weisungen für Parteizwecke gestattet.

Columbus, Ohio, 12. März. — Richter E. B. Dillon vom Franklin County Common Pleas Gericht, der die Kontrolle über die Grandjury hat, hat am Donnerstag in einer Ansprache an die Jury erklärt, daß Staatsbeamte und Civilbeamte, indem sie zu dem demokratischen Parteitag beitragen, technisch zu dem Kampagnefonds der demokratischen Partei beisteuern.

Inland-Telegraph

Kentucky mit Staats-Prohibition bedroht.

Das Unterhaus der Legislatur nimmt eine Vorlage an, derzufolge im Jahre 1915 über ein bezügliches Amendement zur Konstitution abgestimmt werden soll.

Der Kampf gegen die Prohibitionisten wird jetzt im Senat geführt werden.

Die Bildungsprobe bleibt in der Bureauellen Einmündungsprobe.

In anderer Hinsicht werden aber Konzeptionen gemacht.

George Westinghouse gestorben.

Die zwei Siegel'schen Departementsgeschäfte in New York

Auf Befehl des Bundesgerichts geschlossen.

Portland, Oregon, von einem furchtbaren Brand heimgesucht.

Der Schaden in Höhe von \$1,000,000 anrichtet.

Staatsweite Prohibition in Kentucky in Aussicht.

Frankfort, Ky., 12. März. — Das Unterhaus der Kentucky Legislatur nahm am Donnerstag mit 60 gegen 22 Stimmen eine Vorlage an, derzufolge die Bürger des Staates bei den Wahlen im Jahre 1915 über ein Amendement zur Staatsverfassung abstimmen sollen, unter dem im ganzen Staat Prohibition eingeführt werden soll. Unter der Vorlage soll auch eine Staatskommission etabliert werden, die Spirituosen für rein medizinische Zwecke verkaufen soll.

Die Prohibitionsvorlage geht jetzt dem Senat zu, wo ihre Gegner die energichsten Anstrengungen machen werden, um sie zu schlagen.

Alle Counties in Kentucky, bis auf 19, sind jetzt schon trocken und das früher in der Session von der Legislatur angenommene „Unit“-Gesetz wird Local Option Wahlen in fast allen diesen Counties zur Folge haben. In den meisten Counties befinden sich die größeren Städte und die großen Bevölkerungszentren.

Keine Weisungen für Parteizwecke gestattet.

Columbus, Ohio, 12. März. — Richter E. B. Dillon vom Franklin County Common Pleas Gericht, der die Kontrolle über die Grandjury hat, hat am Donnerstag in einer Ansprache an die Jury erklärt, daß Staatsbeamte und Civilbeamte, indem sie zu dem demokratischen Parteitag beitragen, technisch zu dem Kampagnefonds der demokratischen Partei beisteuern.

Inland-Telegraph

Kentucky mit Staats-Prohibition bedroht.

Das Unterhaus der Legislatur nimmt eine Vorlage an, derzufolge im Jahre 1915 über ein bezügliches Amendement zur Konstitution abgestimmt werden soll.

Der Kampf gegen die Prohibitionisten wird jetzt im Senat geführt werden.

Die Bildungsprobe bleibt in der Bureauellen Einmündungsprobe.

In anderer Hinsicht werden aber Konzeptionen gemacht.

George Westinghouse gestorben.

Die zwei Siegel'schen Departementsgeschäfte in New York

Auf Befehl des Bundesgerichts geschlossen.

Portland, Oregon, von einem furchtbaren Brand heimgesucht.

Der Schaden in Höhe von \$1,000,000 anrichtet.

Staatsweite Prohibition in Kentucky in Aussicht.

Frankfort, Ky., 12. März. — Das Unterhaus der Kentucky Legislatur nahm am Donnerstag mit 60 gegen 22 Stimmen eine Vorlage an, derzufolge die Bürger des Staates bei den Wahlen im Jahre 1915 über ein Amendement zur Staatsverfassung abstimmen sollen, unter dem im ganzen Staat Prohibition eingeführt werden soll. Unter der Vorlage soll auch eine Staatskommission etabliert werden, die Spirituosen für rein medizinische Zwecke verkaufen soll.

Die Prohibitionsvorlage geht jetzt dem Senat zu, wo ihre Gegner die energichsten Anstrengungen machen werden, um sie zu schlagen.

Alle Counties in Kentucky, bis auf 19, sind jetzt schon trocken und das früher in der Session von der Legislatur angenommene „Unit“-Gesetz wird Local Option Wahlen in fast allen diesen Counties zur Folge haben. In den meisten Counties befinden sich die größeren Städte und die großen Bevölkerungszentren.

Keine Weisungen für Parteizwecke gestattet.

Columbus, Ohio, 12. März. — Richter E. B. Dillon vom Franklin County Common Pleas Gericht, der die Kontrolle über die Grandjury hat, hat am Donnerstag in einer Ansprache an die Jury erklärt, daß Staatsbeamte und Civilbeamte, indem sie zu dem demokratischen Parteitag beitragen, technisch zu dem Kampagnefonds der demokratischen Partei beisteuern.

Inland-Telegraph

Kentucky mit Staats-Prohibition bedroht.

Das Unterhaus der Legislatur nimmt eine Vorlage an, derzufolge im Jahre 1915 über ein bezügliches Amendement zur Konstitution abgestimmt werden soll.

Der Kampf gegen die Prohibitionisten wird jetzt im Senat geführt werden.

Die Bildungsprobe bleibt in der Bureauellen Einmündungsprobe.

In anderer Hinsicht werden aber Konzeptionen gemacht.

George Westinghouse gestorben.

Die zwei Siegel'schen Departementsgeschäfte in New York

Auf Befehl des Bundesgerichts geschlossen.

Portland, Oregon, von einem furchtbaren Brand heimgesucht.

Der Schaden in Höhe von \$1,000,000 anrichtet.

Staatsweite Prohibition in Kentucky in Aussicht.

Frankfort, Ky., 12. März. — Das Unterhaus der Kentucky Legislatur nahm am Donnerstag mit 60 gegen 22 Stimmen eine Vorlage an, derzufolge die Bürger des Staates bei den Wahlen im Jahre 1915 über ein Amendement zur Staatsverfassung abstimmen sollen, unter dem im ganzen Staat Prohibition eingeführt werden soll. Unter der Vorlage soll auch eine Staatskommission etabliert werden, die Spirituosen für rein medizinische Zwecke verkaufen soll.

Die Prohibitionsvorlage geht jetzt dem Senat zu, wo ihre Gegner die energichsten Anstrengungen machen werden, um sie zu schlagen.

Alle Counties in Kentucky, bis auf 19, sind jetzt schon trocken und das früher in der Session von der Legislatur angenommene „Unit“-Gesetz wird Local Option Wahlen in fast allen diesen Counties zur Folge haben. In den meisten Counties befinden sich die größeren Städte und die großen Bevölkerungszentren.

Keine Weisungen für Parteizwecke gestattet.

Columbus, Ohio, 12. März. — Richter E. B. Dillon vom Franklin County Common Pleas Gericht, der die Kontrolle über die Grandjury hat, hat am Donnerstag in einer Ansprache an die Jury erklärt, daß Staatsbeamte und Civilbeamte, indem sie zu dem demokratischen Parteitag beitragen, technisch zu dem Kampagnefonds der demokratischen Partei beisteuern.

Inland-Telegraph

Kentucky mit Staats-Prohibition bedroht.

Das Unterhaus der Legislatur nimmt eine Vorlage an, derzufolge im Jahre 1915 über ein bezügliches Amendement zur Konstitution abgestimmt werden soll.

Der Kampf gegen die Prohibitionisten wird jetzt im Senat geführt werden.

Die Bildungsprobe bleibt in der Bureauellen Einmündungsprobe.

In anderer Hinsicht werden aber Konzeptionen gemacht.

George Westinghouse gestorben.

Die zwei Siegel'schen Departementsgeschäfte in New York

Auf Befehl des Bundesgerichts geschlossen.

Portland, Oregon, von einem furchtbaren Brand heimgesucht.

Der Schaden in Höhe von \$1,000,000 anrichtet.

Staatsweite Prohibition in Kentucky in Aussicht.

Frankfort, Ky., 12. März. — Das Unterhaus der Kentucky Legislatur nahm am Donnerstag mit 60 gegen 22 Stimmen eine Vorlage an, derzufolge die Bürger des Staates bei den Wahlen im Jahre 1915 über ein Amendement zur Staatsverfassung abstimmen sollen, unter dem im ganzen Staat Prohibition eingeführt werden soll. Unter der Vorlage soll auch eine Staatskommission etabliert werden, die Spirituosen für rein medizinische Zwecke verkaufen soll.

Die Prohibitionsvorlage geht jetzt dem Senat zu, wo ihre Gegner die energichsten Anstrengungen machen werden, um sie zu schlagen.

Alle Counties in Kentucky, bis auf 19, sind jetzt schon trocken und das früher in der Session von der Legislatur angenommene „Unit“-Gesetz wird Local Option Wahlen in fast allen diesen Counties zur Folge haben. In den meisten Counties befinden sich die größeren Städte und die großen Bevölkerungszentren.

Keine Weisungen für Parteizwecke gestattet.

Columbus, Ohio, 12. März. — Richter E. B. Dillon vom Franklin County Common Pleas Gericht, der die Kontrolle über die Grandjury hat, hat am Donnerstag in einer Ansprache an die Jury erklärt, daß Staatsbeamte und Civilbeamte, indem sie zu dem demokratischen Parteitag beitragen, technisch zu dem Kampagnefonds der demokratischen Partei beisteuern.